



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/152

15. Dezember 1948

## ERP und sein politischer Erfolg

R.B. Obwohl es bedauerlich ist, daß die vollen Auswirkungen des ERP-Programms sich wegen eines erheblichen Rückstandes der tatsächlichen Lieferungen gegenüber dem ursprünglichen Plan verzögern, besteht ganz im Gegensatz zur kommunistischen Propaganda keine Ursache, den Wert des Planes zu bezweifeln, denn vor allem ist sein politischer Erfolg nicht zu übersehen.

Als Außenminister Marshall seinen Vorschlag am 5. Juni 1947 machte, war es seine Absicht, Europa und damit die ganze Welt aus dem Zustand der Lethargie zu befreien und zu verhindern, daß dieser Erdteil dem Kommunismus zum Opfer fiel. Marshall erklärte: "Regierungen, die die Gesundung anderer Länder zu blockieren versuchen, um daraus politischen oder anderen Nutzen zu ziehen, müssen mit der Gegnerschaft der Vereinigten Staaten rechnen". Das ist die Idee des europäischen Wiederaufbau-Programms.

Der Rede Marshalls vor den Studenten der Harvard Universität folgte bereits einen Monat später ein sehr realer politischer Erfolg, als am 12. Juli von 21 eingeladenen Staaten 16 in Paris den "Ausschuß für Europäische Wirtschafts-Zusammenarbeit" gründeten. Schon am 22. September lag ein Bericht vor, aus dem ein genaues Bild über die wirtschaftlichen Möglichkeiten jedes Teilnehmerstaates zu ersehen war.

Auf der Grundlage dieser engsten gegenseitigen Verpflichtung konnte Bevin dann im Januar 1948 seinen historischen Vorschlag einer Westeuropa-Union machen. Bevins Plan sah eine europäische Staatengemeinschaft vor, eine politische Idee, die er dem englischen Unterhaus niemals hätte vortragen können, wenn nicht das Ereignis des schriftlich fixierten Willens von 16 europäischen Nationen zur gemeinsamen Arbeit vorgelegen hätte.

Die dann folgenden Geschehnisse waren ohne Zweifel eine Art Kettenreaktion auf den 5. Juni 1947. Am 17. März wurde in Brüssel ein Militärbündnis der westeuropäischen Mächte unterzeichnet. Darin erklärten England, Frankreich und die Beneluxländer, "loyal zusammenzuarbeiten und ihre Bemühungen, in Westeuropa eine feste Basis für die wirtschaftliche Erholung Europas zu schaffen, aufeinander abzustimmen, sich gegenseitig Beistand und jeder Angriffspolitik Widerstand zu leisten". Als dann am 16. April in Brüssel

des französischen Kriegsministeriums 16 Staaten die Marshall-Konvention unterzeichneten, hatte der Gedanke des ERP Europa ein neues sehr bestimmtes Antlitz gegeben.

An diesen Vertrag knüpfte die Welt des Westens nicht nur große wirtschaftliche Hoffnungen, er galt ihnen vor allen auch als die politische Versicherung einer europäischen Einheit, die zu gefährden Rußland nicht ohne weiteres versuchen würde. Europa brauchte kein neues München zu erleben, dafür aber wurde im September ein ständiger europäischer Generalstab gebildet und schließlich Ende November in Washington der Entwurf eines nordatlantischen Verteidigungspaktes überreicht. In Deutschland selbst stehen so wichtige Etappen wie die Zusammenlegung der drei westlichen Besatzungszonen und die Vorbereitung einer vorläufigen deutschen Volksregierung in einem klaren Zusammenhang mit dem europäischen Erneuerungsprogramm und mit den Augen des Westens gesehen, ist auch darin ohne Zweifel ein politischer Erfolg zu sehen.

Auch Frankreich mußte seine eigenwillige Politik im Interesse des ERP mehr und mehr korrigieren. Noch im Mai hatte es gehofft, mit der russischen Trumpf-Karte die Londoner Beschlüsse über Westdeutschland ausstechen zu können. Die Streiks und die nachgewiesene Tätigkeit der Kominform in Frankreich haben die französischen Politiker zumindest davon überzeugt, daß Frankreich unlösbar an das europäische Wiederaufbau-Programm gebunden ist. Daraus vor allen sind seine schrittweisen, wenn auch zögernden Konzessionen zu verstehen.

Abgesehen von der großen psychologischen Wirkung des Vertrauens auf eine bessere Zukunft, hat der Plan des amerikanischen Außenministers dazu beigetragen, den Zusammenschluß Europas ein gut Stück voranzubringen und seiner Sowjetisierung Einhalt zu gebieten.

-----

Entweder - Oder

sp. "Damit die Hausfrauen zu Weihnachten backen können, teilt das Amt für Handel und Versorgung aller Hallenser entweder zwei Pakete Backpulver oder ein Päckchen Trockenbackhefe zu", meldet freudestrahlend die hallische "Freiheit". Sie knüpft allerdings zugleich eine kummervolle Mahnung an diese erfreuliche Mitteilung, wie es denn wohl mit den anderen Zutaten für die Weihnachtsbäckerei stände.

(b/B.66/1512/2/hs)

-----

Paris und Bonn

Von unserem Pariser A.F.-Korrespondenten

Frankreich ist Deutschland gegenüber mißtrauisch, und es findet immer wieder neue Veranlassung, mißtrauisch zu sein, besonders in letzter Zeit. Neben der Ruhr gibt die internationale Diskussion über die Remilitarisierung Deutschlands Ursache zu tiefer Beunruhigung. Der Gedanke, wieder Deutsche in Uniform zu sehen, ist für die überwiegende Mehrheit der Franzosen - und seien sie noch so antisowjetisch - einfach unerträglich.

Ein neuer Punkt auf der außenpolitischen Tagesordnung sind für Paris die Arbeiten des Parlamentarischen Rates in Bonn. Der deutsche Einheitsstaat gehört zu den historischen Schreckgespensten der öffentlichen Meinung Frankreichs, wobei es schwer ist, diese besondere Seite des Sicherheitswunsches logisch zu erklären. Es ist übrigens mehr als erstaunlich, zu sehen, wie ein Volk, das in der Entwicklung zum geschlossenen Nationalstaat geradezu wegweisend für die Welt war, bei seinem historisch zweifellos verspäteten Nachbar an das Vorhandensein eines einheitlichen, alle föderalistischen Grenzen überbrückenden Nationalgefühls nicht glauben will. Wie dem auch sei, die Arbeiten des Parlamentarischen Rates enttäuschen und beunruhigen die Bevölkerung und die Politiker an der Seine, weil sie den föderalistischen Vorstellungen widersprechen, die man Deutschland zugedacht hatte.

Wie auf allen Gebieten hat Frankreich in den letzten Jahren auch in der Frage der deutschen Staatsstruktur innerlich oder öffentlich wesentliche Zugeständnisse gemacht. Es sei nur daran erinnert, daß Botschafter Francois-Poncet nach Kriegsende für einen deutschen Staatenbund eingetreten ist, während er jetzt nur noch die Grundsätze eines gemäßigten Föderalismus verteidigt. General de Gaulle ist sich seiner ursprünglichen Forderung nach souveränen, deutschen Staaten treu geblieben. Die französische Regierung, die noch bei den Londoner Verhandlungen, im ersten Halbjahr dieses Jahres die Zuständigkeit der Zentralgewalt auf Außenpolitik, Verkehr und Wirtschaft beschränken wollte, würde sich jetzt mit der Anerkennung der Regeln des klassischen Föderalismus begnügen. Ihr Ziel sind genügend unabhängige und innerlich gefestigte Länder als Gegengewicht gegen die in jedem föderalistischen Staat bestehenden Tendenzen zur Zentralgewalt. Man verkennt natürlich dabei nicht die ausschlaggebende Bedeutung der Finanz- und Steuerpolitik. Auch in diesen Punkt denkt Frankreich an das kommende Europa, indem es befürchtet, daß ein zentralistisch regiertes Deutschland in der kontinentalen Gemeinschaft ein zu großes Gewicht haben und dadurch Frankreich aus der von ihm erstrebten Mittelpunktlage an den Rand abdrängen könnte.

Als stärkster Träger des Einheitsstaatsgedankens erscheint der französischen Öffentlichkeit die Sozialdemokratie. Ihr Wahlerfolg in Berlin wurde daher mit recht gemischten Gefühlen aufgenommen. Eine Niederlage der Kommunisten zugunsten der bürgerlichen

Parteien wäre leichterem Herzens begrüßt worden. Der Prestigegewinn der SPD in Berlin, der nach Ansicht vieler Franzosen die Wähler in ganz Deutschland zu beeinflussen vermag, wird als Stärkung des Zentralismus bedauert. Ausnahmsweise sind sich diesmal die Föderalisten und die gemäß der Sowjetpolitik zentralistischen Kommunisten einig, da sich die letzteren keine Gelegenheit entgehen lassen, um gegen die deutschen Sozialdemokraten ins Feld zu ziehen.

Es fehlt allerdings in Frankreich auch nicht an realistischen Meinungen, die darauf hinweisen, daß man Deutschland auf die Dauer nicht seine Staatsform vorschreiben kann. Der Historiker Albert Mousset schreibt in der Rechtszeitung "Epoque": "Es gibt keine internationale Beschränkung der Souveränität, die nicht sehr rasch der Entwicklung zum Opfer fällt, wenn es sich um eine Großmacht handelt". Die Zeitung "Le Monde" gibt ihrerseits zu verstehen, daß die zentralistische Tradition von Weimar in Deutschland fest verankert ist und fragt sich gleichzeitig, ob es von den Alliierten sehr geschickt ist, ihren Willen diktieren zu wollen: "Man kann einen Volk nicht erklären "Gebt Euch eine Verfassung" und ihm gleichzeitig sagen, wie diese Verfassung aussehen soll. Damit zeigt man den Deutschen nur eine Karikatur der Demokratie".

#### Mißverstandene Demokratie

sp. Die Wahlvorgänge in Wolfsburg haben weit über die britischen Zonengrenzen hinaus die Beachtung gefunden, die sie verdienen. Wenn ein Neofaschist, wie der Vorsitzende der "Deutschen Rechtspartei", sich so offenkundig für das "Wiedererwachen" Deutschlands einsetzt, dann ist es wohl Zeit, daß einem solchen demagogischen Treiben in Zukunft vorgegriffen wird. Man wundert sich, daß dieser Mann nicht vom Fleck weg verhaftet wurde, denn die britische Militärregierung darf hier ruhig einmal die Demontage reaktionärer Geister durchführen, falls sie trübe in diesem Falle auf die Zustimmung derer, die sie ihr in anderen bedeutend eiliger durchgeführten Demontagefällen (Eckernförde) versagen müssen, weil damit den Gedanken der jungen Demokratie und ihrer praktischen Verteidigung wahrhaftig nicht gedient ist. Oder man auch dort tatenlos zuschauen, wenn eine nicht freie, sondern freie Reaktion primitivster Art Hitlersche Suppen aufwärmt und sie einer durch die Not ohnehin politisch schief entwickelten Zuhörerschaft vorsetzt? Wie die Wahlergebnisse in Wolfsburg gezeigt haben, ist sie dort begierig gelöffelt worden. Wir meinen, daß die Gesetze der Militärregierung, die ja London gegenüber verantwortlich sein müßte, genügend Handhabe bieten, um ausgesprochene Demagogen aus dem politischen Kreis auszuschalten, in dem sie sich eben nur durch derartige Mittelchen und nicht durch einen positiven Beitrag halten können!

Es darf dann nicht wundernehmen, wenn auch die, denen die Verteidigung demokratischen Gedankengutes Herzenssache ist, allmählich ermüden. Wer aus den Jahren 1933 - 1945 nichts gelernt hat, wird nicht

und nimmer etwas dazulernen, und wer den Beweis für eine neuerliche Propaganda Hitlerscher Methoden so offenkundig antritt wie Herr Schlüter es in Wolfsburg getan hat, für den darf kein Raum auf den demokratischen Betätigungsfelder mehr vorhanden sein. Der Vergleich mit britischen Verhältnissen ist falsch. Wir Deutsche sind noch längst nicht so weit; das Vermächtnis des verlorenen Krieges ist zu stark belastend, als daß es <sup>zu</sup> kühlen, klaren Überlegungen der Massen kommen könnte. Wer an Rednerpult steht, hat Verantwortung. Zeigt er, daß er den Platz so mißbraucht, wie es Herr Schlüter tat, dann hat er das Recht der freien Meinungsäußerung schon deshalb verwirkt, weil die Freiheit kein Tummelplatz für ausgesprochene Frechheiten in den Rhythmen der NSDAP unseliger Andenkens ist. Wir erwarten von der Militärregierung, daß sie hier verantwortlich eingreift, denn wer die Macht dazu hat, hat auch die Pflicht, zur Ordnung zu rufen, wenn die Rückkehr ins politische Chaos so offensichtlich propagiert wird.

(b/B.29a/1512/2/hs)

#### Nicht unter russischen Bajonetten

sp. Die Tschechoslowakei war einmal ein in sich ausgewogenes Wirtschaftsgebiet. Die Gewichte waren auf Landwirtschaft und Industrie glücklich verteilt, einen gesunden Bauerntum stand ein Haufen von guten Facharbeitern deutscher und tschechischer Nationalität gegenüber. Mit der Austreibungspolitik von 1945 wurde dieses Gleichgewicht zerstört. Leere Wohnungen und leere Werkstätten bestimmen heute das Bild in den ehemals deutschen Randgebieten. Besonders die leeren Werkstätten vertragen sich schlecht mit der Rolle, die der Tschechoslowakei in der Industrialisierungspolitik des Ostblocks zugewiesen ist. Der tschechische Fünfjahresplan, eine industrielle Aufrüstung größten Stils, steht und fällt mit der Beschaffung ausreichender Arbeitskräfte. Vor den vielen Mängeln aber, unter denen die Tschechen heute leiden - man erfährt sie aus versteckten Andeutungen in Briefen, die ins Ausland gelangen - ist der an Arbeitskräften der fühlbarste. Hinzu kommt die unter dem heutigen Regime immer mehr absinkende Arbeitsmoral der tschechischen Arbeiter, die auch mit Konzentrationslagern nicht zu heben ist.

Als im Sommer 1945 die Tschechen begannen, ohne Rücksicht auf fachliche Qualitäten, die sudetendeutschen Arbeiter auszuschleiden, begann auch die Not an Arbeitskräften. Damals schon behalf man sich mit italienischen Arbeitern, z.B. in den Kohlenmächtigen des Brüxer Reviers, aber die Erfahrungen, die man machte, waren nicht die besten. Trotzdem wurde die Ausschleidung fortgesetzt, weil man hoffte, durch Auskämmen des Handels, der Büros und der staatlichen Kanzleien aus dem tschechischen Reservoir herbeizuschaffen, was man mit den sudetendeutschen Facharbeitern leichtsinnig vergeudet hatte. Aber es war ein Trugschluß; man konnte die Hunderttausende nicht ersetzen, auf die man zugunsten des Nationalstaates verzichtet hatte und man konnte nicht in drei Jahren die Erfahrungen nachholen.

die die Sudetendeutschen sich in Generationen erarbeitet hatten. Es hat nicht wenige Fälle gegeben, da man an die leer gewordene Stelle eines deutschen Facharbeiters zwei Tschechen stellen mußte, ohne die frühere Leistung zu erreichen. Die zwangsexportierte Qualität konnte auch durch die binnenländische Quantität nicht ersetzt werden.

Nun ist der Fünfjahresplan gefährdet, nun wendet sich die Tschechen um Hilfe an Moskau, nachdem auch die Zufuhr von rumänischen, bulgarischen und polnischen Arbeitern die Lücke nicht füllen konnte. Und Moskau, weniger mit Ressentiments belastet als Prag, gab den Rat, aus der Sowjetzone deutsche Arbeiter zu holen. 180.000 Arbeiter fehlen. Das ist weniger, als man mit den 2,5 Mill. Sudetendeutschen verjagt hat, aber es ist mehr, als man den Deutschen zu nutzen und von den Sudetendeutschen erwarten kann. In der Ostzone ist vieles möglich, es ist aber nicht möglich, daß die sudetendeutschen Arbeiter freiwillig in ein Land zurückgehen, in dem sie zu Arbeitsklaven degradiert werden. Die Mehrzahl der Sudetendeutschen hat durchaus die Absicht, in die Heimat zurückzukehren. Sie will es aber nicht unter dem "Schutz" russischer Bajonette tun.

#### Blockpolitik in der Praxis

sp. Zwischen der LDP und der SED im Lande Sachsen-Anhalt besteht schon seit langen ein äußerst gespanntes Verhältnis. Die Gegensätze nahmen wiederholt derart ernste Formen an, daß die gekittete Blockpolitik in die Brüche zu gehen drohte. Das kann sich allerdings die SED in Augenblick noch nicht leisten.

Vor kurzen hat sich in Sachsen-Anhalt ein neuer Stein des Anstoßes ergeben. Es ist bekannt, daß seit einiger Zeit Erörterungen über neue Enteignungsabsichten gepflogen wurden. Die Apotheken und das Transportgewerbe waren als nächste Opfer erkoren. Ferner wurde die Möglichkeit ventiliert, das Backen und Schlachten in Fabriken und Großbetrieben (Konsum) zusammenzufassen und die vorhandenen Läden der Gewerbetreibenden lediglich als Verteilungsstellen bestehen zu lassen.

Es ist naheliegend, daß in der Bevölkerung, vor allem in den betroffenen Gewerbekreisen und in den Reihen der LDP und CDU, Unruhe entstehen mußte. So erklärt sich, daß das Bezirkssekretariat Merseburger LDP folgendes Rundschreiben an seine Mitglieder richtete:

"...Nach unseren Informationen besteht die Gefahr, daß zugleich damit das Fleischerei- und Bäckereigewerbe und anschließend das Transportgewerbe enteignet werden. Im Interesse unserer Partisifreunde, die von diesen Maßnahmen evtl. betroffen werden könnten, empfehlen wir unseren Vertretern in den Kreistagen und Gemeindevvertretungen folgende grundsätzliche Fragen an alle Parteien aufzuwerfen:

Wir fragen an:

1. Ist Ihnen etwas davon bekannt?
2. Wenn ja, welche Stellung nehmen Sie dazu ein?
3. Wenn Sie die geplanten Maßnahmen ablehnen, was soll dagegen unternommen werden?"

15.12.1948

Das ist eine Umfrage und eine Maßnahme, wie sie in demokratischen Leben durchaus üblich und vollkommen in Ordnung ist. Nicht aber in einer "Volksdemokratie". Die SED-Presse reagierte entsprechend: Verleumdungskampagne, reaktionäre Schutzpatrone solcher Spekulantenkreise, verleumderische Behauptungen, reaktionäre Verleumder, Fälscher und Verleumder, Schwindel, Lügner, politische Brunnenvergiftung usw. - das sind so die üblichen Kosenamen, wie man sie aus der Terminologie der SED bereits hinreichend gewöhnt ist, wie sie aber in dieser massiven Zusammenballung gegenüber einem Partner der Blockpolitik bisher doch kaum üblich waren.

Die Vertreter der Landesleitung der LDP ließen sich von derart "schlagkräftigen Argumenten" und Drohungen durchaus nicht beeindrucken. Vielmehr - so berichtet die SED-Presse - sprach der LDP-Vertreter in seiner Antwort sehr nachdrücklich von "allerlei Besorgnissen" über die Zukunft. In einer eigens aus diesem Anlaß einberufenen Versammlung der SED konnten sich die Vertreter der LDP - wieder nach dem zitierten Bericht - "leider nicht dazu aufraffen, mit aller Eindeutigkeit von den Verleumdungen ihrer entlarvten Parteifreunde abzurücken". Sie hielten es vielmehr für richtiger, als einzige gegen eine Entschließung zu stimmen, die von allen anderen Erschienenen einstimmig angenommen wurde".

Dazu gehört in der Ostzone wahrhaftig viel Mut. Ein Zeichen, wie ernst die LDP Sachsen-Anhalts diesen Anlaß nimmt und welche grundlegende Bedeutung sie ihm beimißt. (b/B.66/1512/2/hs)

#### Veränderungen in der sächsischen SED

sp. Der bisherige SED-Kreisvorsitzende von Leipzig, Ernst Lohagen, und der bisherige Kreisvorsitzende von Chemnitz, Erich Mückenberger, wurden am Sonntag auf der Landeskonferenz der SED Sachsens einstimmig zu neuen Vorsitzenden des Landesverbandes gewählt.

Lohagen ist alter Kommunist, Mückenberger abtrünniger Sozialdemokrat, der sich völlig im Fahrwasser der kommunistischen Politik bewegt.

Der bisherige Landesvorsitzende, Otto Buchwitz, wiederum ein früherer Sozialdemokrat, wurde vor kurzem von Zentralsekretariat SED zum Vorsitzenden der Parteikontrollkommission, und der zweite Vorsitzende, Wilhelm Koenen, zum Sekretär des Deutschen Volksrates gewählt, Koenen war Mitglied der kommunistischen Fraktion des Reichstages vor 1933.

In beiden Fällen hat man sich offenbar um eine gewisse Parität bemüht, die aber rein fiktiven Charakter hat.

Zum neuen Landesvorsitzenden der SED Brandenburg wurde als Nachfolger von Friedrich Ebert auf der Landeskonferenz am Sonntag der bisherige zweite Vorsitzende, Paul Bismark, gewählt.

(n/1/1512/hs)

---

Verantwortlich: Peter Rauau